



*Parlamentarisches Abendessen der
Freien Berufe in NRW*

Gemeinsam neue Wege gehen – die Freien Berufe und die neue NRW-Landesregierung



*Diskussionsrunde zum Thema „Europa und
die Freien Berufe“*

*Knapp fünf Monate ist die rot-grüne Regierung in NRW unter
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Amt. Daher war es
am 2. Dezember 2010 längst an der Zeit, dass Freie Berufe und
Politik miteinander ins Gespräch kommen.*



*Diskussionsrunde zum Thema „Transparenz im
Vergaberecht“*

Im Rahmen des zweiten Parlamentarischen Abendessens des Verbandes Freier Berufe in NRW (VFB NW), das zusammen mit dem Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. Landesgruppe NRW und der Ingenieurkammer-Bau NRW veranstaltet wurde, kamen die Abgeordneten des NRW-Landtags und die Vertreter der Freien Berufe zusammen und erörterten, wie sich die Landtagsfraktionen zu den für die Freien Berufe wichtigen Themen Fachkräftemangel, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, Stärkung der freiberuflichen Wirtschaft, Transparenz des Vergaberechts, Verringerung der Regelungsdichte und eine verbesserte Wahrnehmung der Rolle des Landes NRW in Brüssel positionieren.

*„Wir werden hinhören, wenn
Sie Sorgen haben!“*

Mit diesen Worten machte Staatssekretär Dr. Günther Horzetzky deutlich, dass ihm die Freien Berufe sehr am Herzen liegen. In seiner Ansprache skizzierte er, wie er mit Kammern und Verbänden zukünftig zusammenarbeiten möchte und ging dabei auf ein Beispiel aus seiner Laufbahn in der Bundeshauptstadt Berlin ein: Einer seiner ersten Wege führte ihn zum Bundesverband der Freien Berufe. Damals ging es um die sogenannte Ausbildungsplatzabgabe. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und den Verbänden der Wirtschaft und der Freien Berufe habe dabei in der zielorientierten Diskussion mit allen Beteiligten bestanden. Daraus sei der Ausbildungspakt



*NRW-Wirtschaftsstaatssekretär
Dr. Günther Horzetzky*

entstanden, der erfolgreich dazu geführt habe, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. So möchte der Staatssekretär auch in NRW zukünftig Probleme lösen.



*Von links nach rechts: Thomas Eiskirch (SPD),
Hendrik Wiist (CDU) und Dipl.-Ing. Rudolf
Wehmeyer, Vorsitzender des Bundes der Öffentlich
bestellten Vermessungsingenieure e.V. Landesgruppe
NRW, diskutierten über den § 107 GO NRW*

*Ausdehnung der Gewerbe-
steuer auf die Freien Berufe:
„Da können wir es uns leicht
machen!“*

VFB NW-Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe Michael Steinrück machte den Abgeordneten klar, dass es der falsche Ansatz sei, die Gemeinden

dadurch zu finanzieren, indem nun auch die Freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen werden sollen. „Sicherlich muss die Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden, aber nicht auf Wegen, die nicht geeignet sind. Die Freien Berufe übernehmen viele Aufgaben im Rahmen ihrer Selbstverwaltung. Würde der Staat diese Aufgaben übernehmen, wäre dies mit erheblichen Zusatzkosten verbunden.“

Dr. Jens Petersen, MdL, machte hierzu deutlich, dass er die Ansicht der Freien Berufe teile: Da es sich bei der Gewerbesteuer um eine Bundesangelegenheit handele, sei hier die Koalitionsregierung in Berlin gefordert, ordnungspolitisch die richtige Entscheidung zu treffen und die Freien Berufe nicht zusätzlich zu belasten.

Transparenz im Vergabewesen bringt Vorteile für alle

In der nächsten Themenrunde kamen insbesondere die Ingenieure zu Wort. Dr.-Ing. Heinrich Bökamp, Präsident der Ingenieurkammer-Bau NRW, plädierte für ein Vergabewesen, welches transparent, nachvollziehbar und berechenbar sein solle. Transparenz sei der beste Schutz, Missbrauch und Korruption vorzubeugen und Qualität zu sichern. Einen nachvollziehbaren Grund, weshalb das Ergebnis eines VOF-Verfahrens oder eines Vergabeverfahrens unterhalb der Schwellenwerte nicht öffentlich gemacht werden sollte, sähe er nicht. Dies stieß bei den Abgeordneten auf große Zustimmung.

Fachkräftesicherung: das Gebot der Stunde

In vielen Freien Berufen wird zurzeit diskutiert, wie dem Fachkräftemangel begegnet werden kann. Besonders im Bereich des Gesundheitswesens ist ein Mangel an Fachpersonal schon heute spürbar. Dies machte Dr. Wolfgang Klitzsch, Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein, in seiner Einführung in das Thema deutlich. Er würde sich von der Politik wünschen, dass sie für Stabilität im Gesundheitswesen sorgt und nicht nach normativer Perfektion strebt. Gerade

in ländlichen Gebieten, z. B. im Raum Ostwestfalen-Lippe, gebe es einen erheblichen Mangel an Allgemeinmedizinerinnen. Der von der NRW-Politik eingebrachte Vorschlag, eine medizinische Fakultät in Ostwestfalen-Lippe einzurichten, befürwortete er. Er gehe davon aus, dass nach Beendigung des Studiums nennenswerte Teile der Jungmediziner auch in der Nähe ihrer Universität tätig würden. Sicherlich reiche eine medizinische Fakultät allein nicht aus, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Daher müsse man sich auch Gedanken um die Arbeitsbedingungen im medizinischen Bereich machen. Diese würden gegenwärtig jungen Medizinerinnen als nicht optimal erscheinen. Die anwesenden Parlamentarier teilten diese Ansicht. Kai Abruszat, MdL, von der FDP machte deutlich, dass außerdem daran gearbeitet werden müsse, die Zahl der Abbrecher im Medizinstudium deutlich zu reduzieren, ohne dabei Qualitätseinbußen davonzutragen. Wolfram Kuschke, MdL, wies darauf hin, dass es neben einer Fakultät in Ostwestfalen-Lippe vor allem auch darauf ankomme, die Attraktivität des ländlichen Raums generell zu steigern.

§ 107 GO NRW: Vieles kann in Partnerschaft geschehen

Ein Thema besonderer Aktualität war an diesem Abend der § 107 der Gemeindeordnung für das Land NRW. Hier steht zurzeit eine Gesetzesänderung an, die insbesondere für Ingenieure und Architekten von Bedeutung ist. (Anmerkung der Redaktion: Der Gesetzentwurf wurde am 16.12.2010 verabschiedet.) So sollen zukünftig kommunale Unternehmen in den Wettbewerb zu privaten Anbietern eintreten können. Auf dem Energiemarkt sollen bestehende Wettbewerbsbeschränkungen für Stadtwerke aufgehoben werden. Dipl.-Ing. Rudolf Wehmeyer, Vorsitzender des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. Landesgruppe NRW, machte deutlich, dass das Gesetz den kommunalen Unternehmen die Möglichkeit gibt, ihre Marktmacht zu vergrößern. Die freiberuflichen Mitanbieter würden so aus dem

Markt gedrängt. „Wir fürchten um die Existenz unserer Betriebe“, lautete Wehmeyers Botschaft an die Landespolitik.

Thomas Eiskirch, MdL, sagte dazu: „Wir werden ein neues Gemeindefachvertragsrecht verabschieden, das anders sein wird als vorher. Dabei liegt der Fokus darauf, dass vieles in Partnerschaft zwischen Kommunen und Freien Berufen geschehen kann.“

Europa und die Freien Berufe: Europäische Rechtssetzung schon im Vorfeld beobachten

Hanspeter Klein, Vorsitzender des Verbandes Freier Berufe NRW, führte in die letzte Themenrunde ein. In dieser ging es um die verbesserte Wahrnehmung des Landes NRW in Brüssel. Die Freien Berufe, so Klein, wünschten sich, dass NRW mehr Einfluss auf den europäischen Rechtssetzungsprozess nimmt. Gerade für die Freien Berufe, die in Deutschland eine rechtliche Sonderstellung einnehmen, sei es wichtig, rechtzeitig darüber informiert zu werden, wenn rechtliche Änderungen in der EU auf der Tagesordnung stehen. Der SPD-Abgeordnete Kuschke konnte Kleins Ansichten nur zustimmen. Er betonte, dass NRW eine sehr gute Landesvertretung in Brüssel unterhalte und er sich dafür einsetzen werde, dass die Freien Berufe diese zukünftig auch als „Frühwarnsystem“ nutzen können.

Impressum



Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Dipl.-Ing. Hanspeter Klein
(V. i. S. d. P.)

Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf

Tel.: 0211 4361799-0

Fax: 0211 4361799-19

info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion: André Busshoven, Katharina Kosub,
Daniela Leminski

Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen
Druck: Koch Druckerei & Verlags GmbH, Neuss
Bildnachweis: Peter Hense